

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Einzelnenpreise: Grunbielle, 32 mm breit, M. 2.-, für das
Schnellpost M. 10.-, Postkarte, 61 mm breit,
M. 6.-, mit Rückporto M. 7.-, für das Postland M. 20.-, für
Ostern oder Künftig 10 d. D. Preisserhöhung. Briefzettel für Buch-
sabenanzeige 40 Pf. Preisänderung laut Tarif. Für Anfragen
an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Hedaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13 528, 13 638, 13 892 und 17 109. • Postfachkontakt: Leipzig Nr. 2060
Nichtlängste Entfernung (ohne Rückporto) werden weder zurückgefordert noch aufgewahrt. – Im Falle schwerer Gewalt, Betriebsfeuer oder Streiks haben wirre Bezieher keinen Anspruch auf Rückerstattung oder Gestaltung des entsprechenden Entgelts.

Lloyd George über Deutschland

□ London, 10. November. (Sig. Drabbericht.)

Die Britische Siedlung Lloyd George am Bürgermeister war auf einen optimistischen Ton gekommen und sprach in einer Reihe außer- und innerpolitischer Erklärungen. Zum Thema "Deutschland und Einwanderung" bemerkte er: "Die ganze Einwanderungsfrage ist ein Prüfstein für die Innenpolitik der deutschen Regierung. Ich sage daher dieser Einwanderungsfrage eine außerordentliche Bedeutung zu und ich glaube auch sagen zu können, daß die Beziehungen in dieser Angelegenheit äußerst bestreitigend laufen. So ist die deutsche Marine tatsächlich entwaffnet und niemand kann in dieser Hinsicht noch irgendwelche Besitzungen haben. Die deutsche Armee ist auf 150 000 Mann herabgedrückt, und nähert sich der vertraglichen Vereinbarung auf 100 000 Mann. Die Geschütze sind sozusagen abgesetzt und zerstört und von den alten vielen Haubitzenmassen, die sich noch in Deutschland befinden, wird vielmehr die innere Ordnung und Ruhe bedroht, als daß sie eine Bewegung der Nachbarstaaten Deutschlands darstellen. Auch hinsichtlich der Einwanderungsfrage bin ich persönlich sehr bestreitig und den Verhandlungen in Spa. Mit England müssen wir noch aller Schwierigkeiten beseitigen. In Rußland und mit Rußland muß Frieden sein, denn viel schlimmer als eine kühle Negierung ist gar keine Negierung, d. h. die Aussicht, sonst könnte eine Generation vergessen, bis Rußland sich wieder aufrichtet." Zur letzten Frage erklärte Lloyd George zum Schluß, er habe die Mörder an der Sargel. England sieht Irland nicht Unterwerfung oder Nachschalt an, sondern Gleichheit und Teilhaberschaft.

Die Verhältnisse im Ruhegebiet

□ Paris, 10. November. Nach der "Bataille" bei Goncourt in der neueren Epoche des Nationalstaates der Gewerkschaften über die Ergebnisse der im Auftrag von Vertretern der Gewerkschaftsbüro nationale veranstalteten Enquete mitgeteilt, daß die Ergebnisse verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung des Ruhegebietes bestimmt seien. Er habe sich vom elenden Zustande der Kinder überzeugt. Die gesamte jüngere Generation sei unterernährt, es fehle ihr am Nahrungsbedarf, namentlich aber an Milch. Es sei die Pflicht der internationalen Gewerkschaften, auf ausreichende Ernährung der Genossen im Ruhegebiet zu dringen. Der Nationalrat schlug hinsichtlich einer Entscheidung vor, die gegen die etwaige Belohnung des Ruhegebietes Einpruch erhält und in der die gleiche Verteilung der Bevölkerung namentlich aber die unter den Augenblicks herrschenden Gegebenheiten, geöffnet werden. Heute soll über die Einschätzung abstimmen werden.

□ Genf, 10. November. (Sig. Drabbericht.) Wie der "Tempo" meldet, haben die französischen Gewerkschaften nach ausführlichem Widerstand nun doch sich für eine Unterwerfung in der Kammer entschieden, die eine Wiederholung des Spaer Abkommen und eine Abhängigkeit des Ruhr-Güttmarschlusses anstrebt.

Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes

□ Paris, 10. November. (Sig. Drabbericht.) In seiner Befreiungserklärung Clemenceau gegen die Borsig'sche Forderung im "Petit Journal" aus: "Lloyd George war gegen die Besetzung des Rheinlandes. Er schlug als Preis dafür die militärische Allianz mit England und Amerika vor. Clemenceau gelang es, außer dieser Militärralliance noch eine Besetzung auf die Dauer von 15 Jahren des linken Rheinlandes festzulegen, ansonsten das Recht, die Besetzung nach Ablauf von 15 Jahren zu verlängern, wenn diese Garantieallianz verloren oder vertragt werden sollte. Dieser Fall, sagt Tardieu, ist heute eingetreten. Gemäß Artikel 12 wird die Besetzung des Rheinlandes nach Ablauf von 15 Jahren weiter dauern, da die militärische Allianz mit England und Amerika hinlänglich geworden ist."

Die Besatzungskosten

□ Genf, 10. November. (Sig. Drabbericht.) Dem "Tempo" folge steht auf der Besatzungskosten am 10. November erneut die Frage einer Herabsetzung der Stärke des Besetzungsheeres in Deutschland. Die deutsche Regierung habe den alliierten Rahmen am Montag neue Vorstellungen gegen die folgenden finanziellen Anforderungen des Besetzungsheeres überreichen lassen.

Die Bleibansprüche des Bierverbandes

□ Berlin, 10. November. Der Bierergut- und Brauungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung sich darüber zu äußern, in welchem Umfang Deutschland in der Zone A, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund des Friedensvertrags angenommene Bieransprüche auf kindlich, sacerde und schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

Die deutschen Aerzte über die Milchföhre-Forderung

Wir werden um Veröffentlichung des folgenden Aufsatzes ersuchen:

Au das deutsche Volk!

Dem deutschen Volke droht eine ungeheure Gefahr. Unsre Feinde verlangen die sofortige Auslieferung von 1 Million Männer, davon 80000 Milchföhre. Die Hungerblöße mit ihren Folgen hat von unsrer Volksangehörigkeit Dyser gefordert und wird sie noch weiter fordern.

Eine neue Hungerblöße wird durch diese unzählige Forderung veranlaßt. Die deutschen Aerzte ersuchen die ihre heilige Pflicht als die beruhmtesten Vertreter der Volksgesundheit, auf die furchtbaren Folgen dieses unmenschenlichen Attentats hinzuweisen.

6 Millionen Männer würden wir idealisch weniger haben. Die Fettversorgung wird aufs schwerste beeinträchtigt, die Aufzucht des Kindes wird aufs schwerste beeinträchtigt, die Milchversorgung wird noch viel schlechter werden.

Unsre Sünder können wir nicht mehr ertragen, die stillen Ritter und die Freizeit, deren Sterblichkeit in erschütterndem Maße gestiegen ist, können nicht mehr mit Milch versorgt werden; aussoziale Krankheit über die ganze Bevölkerung kommen. Unsre Freunde wollen mit dieser grausamen Forderung die Art an die Sargel unserer Volksaufstandsbefreiung nicht bloß wirtschaftlich fallen vorwerfen, sondern auch unser Nachwuchs, unsre Hoffnung soll ausgerungen werden. Nur der Amerikanische und andere menschenfreundliche Organisationen des Auslands ist es zu danken, daß unsre Jugend bissig durchschlagen werden konnte.

Alle Weltgenossen müssen sich der ungewöhnlichen Gefahr bewußt werden, die unsrer Volksaufstandsbefreiung vor allem unter Aspekt, droht, und müssen wie ein Mann dagegen aufstehen.

Unsre Nachzersetzung muß der Entente ein einschneidend, unabänderliches Recht einiges entziehen, was sie nicht missbrauchen werden an der Ausbeutung unserer Jugend.

Berlin, im November 1920.
Für den Reichsbeauftragten
des Deutschen Arztekreises und
des Deutschen Arztekreises:

Sachsen-Anhalt

Aus der französischen Kammer

□ Paris, 10. November. (Kanal) In der Kammer wurde heute der erste Teil des Gesetzes für den Staatshaushalt auf 1921 bekanntgegeben. Der Finanzminister Maréchal erklärte: Es sind 287 000 000 Franken ordentliche Ausgaben, insbesondere 27 826 000 000 Franken, zu denen während sich die ordentlichen Einnahmen auf 197 756 000 000 und die außerordentlichen Einnahmen auf 5 227 000 000 Franken zusammen 24 062 000 000 Franken belaufen. Das, die wieder zu erwartenden Ausgaben betrifft, insbesondere 155 290 000 000, waren 212 000 000 Franken höher, die sich auf das Rechnungsjahr 1920 beziehen. Die Ausgaben für den Friederaufbau der verschiedenen Gebiete belaufen sich auf fast zwei Drittel der wieder zu erwartenden Summe. Es handelt sich hierbei nur um eine vorläufige Lösung, wobei die Summen veranschlagt werden, die Deutschland an Frankreich zu zahlen hat. Die Regierung wird auf keinen Fall Rechte verlieren, die ihr durch den Friederauftrag von Versailles ausgeschlagen worden sind. Sie wird, ohne zu wanken, auf der Durchführung aller Versprechen bestehen, die von Deutschland unterschrieben und von den großen Mächten des Rates gewährleistet sind.

Französisches Gewaltregiment im Elsaß

□ Straßburg i. E., 10. November. (Sig. Drabbericht.) Die französische Behörde hat jetzt in den lothringischen Ortschaften eine Bekanntmachung angekündigt, wonach der Gebrauch der deutschen Sprache bei Anwendung einer Geldstrafe verboten ist. In Mainzhausen haben die Stadtverordneten mit großer Weisheit die französische Schürze erlaubt, deutsche Theaterstücke anzulassen. Das wurde abgelehnt. Infolgedessen ist der Betrieb des Mainzer Theaters, der der größte Teil der Bevölkerung nicht französisch versteht, sehr schwach.

Die Leidenschaft des Hultschiner Ländchens

□ Prag, 10. November. Am Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte ein Regierungssprecher,

daß die Regierung dem Abgeordnetenhaus einen Verhandlungsauftrag unterbreite, mit dem die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung im Hultschiner Ländchen am 1. November 1920 vereinbart wird, die Wahllokale im Deutschen Haus vorbel. Mitglieder der sozialen Partei in den Deutschen Häusern in Hultschin und im Okzidenten aufzubauen, führt er aus, daß die Einschaltung der Kommunisten vollkommen begründet gewesen wäre, ebenso wie die Einführung des Auslandsmeldewandes in einigen Gemeinden Hultschins begündet sei. Denn die dortigen Verhältnisse seien noch nicht so gesetzlich, daß eine geregelte Staatsverwaltung hier ihre Tätigkeit beginnen könnte. Auch in der Frage der Entlassung von Beamten und Lehrern deutscher Nationalität im Kattobolo Gebiet sei die Regierung richtig vorgegangen, da diese Beamten abgelehnt haben, der Republik den Treueid zu leisten.

Oesterreich und der Völkerbund

□ Wien, 10. November. (Sig. Drabbericht.) Der Hauptausschuß hat in seiner Dienstagsitzung die Regierung ermahnt, anlässlich der Vollziehung des Völkerbundes am 15. d. M. in Genf ein Gesetz um die Aufnahme in den Völkerbund zu erlassen.

Die Zerstörung der Kriegsluftfahrt

□ Wien, 10. November. (Sig. Drabbericht.) Von unterschiedeter Seite erhalten wir über die derzeitige Zerstörung der Kriegsluftfahrt folgende Mitteilung: Die interalliierte Luftkommission wird in Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages an die Herstellung des österreichischen Flugzeugmaterial ansetzen. In der Ausführung dieses Auftrages sei der

wird auf die Wirtschaftslage Österreichs die entsprechende Macht gewonnen werden. Die Flugzeuge werden nicht vollständig zerstört, vielmehr soll nach der Demontage das Eisen und sonstiges Rohmaterial an die heimische Industrie verkauft werden. Das allgemeine wird fak. das gesamte Material Österreichs erhalten bleibt. Über die Erinnerung an Schulden und Verbindlichkeiten im Auslande werden keine Belästigungen in Wien zu entrichten.

Die österreichische Sozialdemokratie

□ Wien, 10. November. In der Schlusshaltung des sozialdemokratischen Parteitages erklärte Dr. Krebs die Forderung, gewissermaßen als Kompensationssatz für das Verteidigungsbudget, die Schaffung einer Schließungsbefreiung für sofort in Nachfrage gestellte. Diese Schließungsbefreiung ist nun nicht nach langen Beratungen im Entwurf vorausgegeben, aber, wenn dies böseste Beurteilungstägeln beibehalten wird, durch noch lange Zeit verzögern, bis die Verteidigungswahlen abgehalten werden. Die Öffnung der Schließungsbefreiung nach der Vereinigung mit allen Mitteln vermieden werden, weil zu große moralische und wirtschaftliche Werte auf dem Spiel stehen.

In der Wrangel-Front

□ Schostopol, 10. November. General Wrangel hat die Angiffe der Bolschewiken gegen die Landesregierung von Tschetschien und gegen Pereslaw, das nicht genommen werden will, abwehren können. Die Bolschewiken haben an der ganzen Front den Angriff mit überwältigender Kräften wieder aufgenommen.

Das Generalkonsulat in Warschau

□ Warschau, 10. November. (Sig. Drabbericht.) Nach weiteren Meldungen befinden sich die Truppen des Generals Wrangel wieder in einer schweren Schlammzone. Die Bolschewiken bringen immer weiter vor und besetzen Kreise die besetzten Operationsbasis des Generals Wrangel, nämlich Tschetschien, und bringen damit in das Kreisgebiet vor.

Das Schicksal Wilnas

Das Schicksal Wilnas

□ Brüssel, 10. November. (Kanal-Drabbericht.)

Die polnische und die litauische Regierung haben mit einer Volksabstimmung in den seitigen Gebieten, wie sie auf der Volksabstimmung in Brüssel am 20. d. M. vorgezogen wurde, einverstanden erklärt.

Eine Rote Trostik

□ Warschau, 10. November. (Sig. Drabbericht.) Die "Gazeta Warszawska" meldet, daß Trostik gegenwärtig wieder eine intensive Agitation in den Reihen der roten Armee anfällt. Er fliegt Ende November eine neue Offensive an. Er bezeichnet diese als die Einnahme von Warschau als das endgültige Ziel der Offensiv, sondern den Vormarsch der roten Truppen bis zu der Grenze von Olsztyn. Trostik hofft dabei, daß nach Errichtung dieser Art abtau in Deutschland die bolschewistische Revolution ausbrechen wird.

Die Lage in Irland

Der "Courant" weist aus London: Nach einem "Times"

Beitrag ist in Irland nach keine Verhängung eingetragen, im Gegenteil vermehren sich die Auseinandersetzungen in erheblicher Weise. Die Angreife gegen Militär und Polizei häufen sich. Am letzten Sonntag waren nicht weniger als 21 Todesopfer zu verzeichnen.

□ London, 10. November. In Dublin haben Polizisten mit Unterstützung von Panzertrucks in den Hauptstraßen eine Razzia ausgeführt und dabei den Verkehr drei Stunden lang vollständig unterbunden. In Londoner Kreisen kommt es gestern abends zu schweren Unruhen. Mehrere Eisenbahnen von örtlicher Bedeutung haben in Irland den Betrieb eingesetzt. Auch der Verkehr auf den Bahnlinien wird eine bedeutende Einschränkung erfahren.

Die Freunde der irischen Freiheit

Amsterdam, 10. November. (Sig. Drabbericht.)

Der "Courant" weist aus London: Nach einem "Times" Bericht ist in Irland nach keine Verhängung eingetragen, im Gegenteil vermehren sich die Auseinandersetzungen in erheblicher Weise. Die Angreife gegen Militär und Polizei häufen sich. Am letzten Sonntag waren nicht weniger als 21 Todesopfer zu verzeichnen.

Die Verteilung der irischen Freiheit

Amsterdam, 10. November. (Sig. Drabbericht.)

Amsterdam und Berlin schließen sich zusammen, um die Meinungen anderer Länder zu erheben. Nach dem Eintritt der Arbeitnehmer in die Gewerkschaften ist die Ausübung der Gewerkschaftsrechte nur auf die Gewerkschaften beschränkt, welche die Gewerkschaften der Arbeitnehmer sind. Wenn eine Arbeitnehmergruppe eine Gewerkschaft ist, kann sie sowohl Ausprierungen als auch Arbeitnehmerdelegationen, wenn nicht vorher der Gewerkschaftsabschluß angemessen und entsprechend eine Einigung zugetan werden kann.

Die Homerulebill

London, 10. November. (Sig. Drabbericht.)

Am Unterhaus kam es wieder zu einer erneuten Auseinandersetzung über die Regierungsvorlage, der den irischen Rat verantwor- lichen soll, einen Entwurf über die Schaffung zweier Oberhäupter, eines in Nord und eines in Südwales, einzuführen.

Die Homerulebill

London, 10. November. (Sig. Drabbericht.)

Am Unterhaus kam es wieder zu einer erneuten Auseinandersetzung über die Regierungsvorlage, der den irischen Rat verantwortlichen soll, einen Entwurf über die Schaffung zweier Oberhäupter, eines in Nord und eines in Südwales, einzuführen.

Befreiungspreise: Bei freier Poststellung ins Ausland durch Boten natürlich M. 3.75, vierfachlich M. 12.25. Postbezirk im Ausland laut Eintragung in den Poststempeln, Rücksendungen im Ausland natürlich M. 2.20, nach Einzelnummer 30 Pf.

Postfachkontakt: Leipzig Nr. 2060